

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Berliner Klimabündnis“ wirksam werden lassen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Regierenden Bürgermeister auf, das von ihm 2008 gegründete „Berliner Klimabündnis“ mit 13 großen Berliner Unternehmen für eine wirksame Klimaschutzpolitik zu nutzen.

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf:

1. Der Senat soll den fünften Jahrestag der Gründung des „Berliner Klimabündnisses“ in diesem Jahr zum Anlass nehmen, die 13 Unternehmensvorstände zu einem Arbeitstreffen einzuladen, bei dem neue Klimaschutz-Initiativen entwickelt werden.
2. Der Senat soll auf neue Klimaschutzvereinbarungen mit Klimabündnis-Unternehmen hinwirken, die erstens Projekte in einem Umfang anstoßen, der die Klimaziele des Landes erreichbar werden lässt, deren Erfolg zweitens durch eine unabhängige Stelle regelmäßig evaluiert wird und sich drittens auch an Beschlüssen des Abgeordnetenhauses und des Senats orientieren. Die Klimaschutzvereinbarungen mit landeseigenen Unternehmen soll der Senat dadurch stärken, dass Managerboni auch an die Zielerfüllung gekoppelt werden, wie dies z.B. in Hamburg eingeführt wurde.
3. Der Senat soll mit dem Klimabündnis eine „Berliner Klimamesse“ durchführen. Dort sollen die Unternehmen und Start-Ups, die im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien arbeiten sowie die relevanten Berliner Forschungseinrichtungen und Klimaschutzinitiativen (wie z.B. der Energieeffizienztisch) insbesondere den im

Klimabündnis zusammengeschlossenen Unternehmen ihre Arbeit präsentieren können. Ziel der Messe ist es, neue Klimaschutzprojekte anzustoßen und den Austausch innerhalb der Hauptstadtregion zu stärken, um Innovationen aus Berlin-Brandenburg stärker als bisher auch hier umzusetzen.

4. Der Senat soll eine Ansiedlungsstrategie für Unternehmen aus den Bereichen der Green Economy vorlegen und dabei die Erfahrungen der Akteure des Klimabündnisses und des „Stadtvertrags Klimaschutz“ einbeziehen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Januar 2014 zu berichten.

Begründung:

Das 2008 vom Regierenden Bürgermeister ins Leben gerufene „Berliner Klimabündnis“ liegt im Wachkoma. Es hat seit drei Jahren keine wahrnehmbaren Aktivitäten entfaltet. Die Webseite enthält keine aktuellen Informationen und die Links führen teilweise ins Leere.

Die Kooperation mit der Wirtschaft kann – in Ergänzung zum Ordnungsrecht und zu staatlichen Anreizen – einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Dies erfordert allerdings, dass sich die Kooperationsvorhaben anders als bisher in Berlin auf die Klimaziele beziehen, dass sie dauerhaft angelegt sind statt nur auf kurzfristige Presseerfolge zu spekulieren und dass von unabhängigen Stellen überprüft wird, inwieweit freiwillige Vereinbarungen auch umgesetzt werden. Die bisherigen Klimaschutzvereinbarungen des Landes mit landeseigenen und anderen Unternehmen sind leider weit davon entfernt. Der Senat nutzt sie nicht systematisch, um seine Ziele zu erreichen. So spielen etwa der vom Senat beschlossene Berliner Energiestandard, die Ziele des Senats beim Ausbau der Elektromobilität und überhaupt in der Verkehrspolitik, die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses zur Beschaffung von Strom und anderen Produkten in den Klimaschutzvereinbarungen praktisch keine Rolle.

In seiner Gründungsphase hat das Klimabündnis leider zu keinen Klimaschutzprojekten geführt, die die Unternehmen nicht ohnehin geplant hatten. Auch seine selbst gesteckte Aufgabe, dass die Unternehmen ihre CO₂-Einsparungen gegenüber der Öffentlichkeit dokumentieren, hat es nur teilweise erfüllt.

Die Ansiedlungsstrategie des Senats für Unternehmen aus den Klimaschutzbranchen ist nach einer Evaluation der Agentur für Erneuerbare Energien schlechter als die in vielen anderen Bundesländern. Hier soll der Senat das Know-how nicht nur des Klimabündnisses, sondern auch der Akteure des Stadtvertrags Klimaschutz (also des DGB Berlin, der IHK Berlin, der Handwerkskammer und des BUND Berlin) einbeziehen.

Mit der Gründungserklärung des Bündnisses haben die Unterzeichnenden eine Selbstverpflichtung unterschrieben, in der es heißt: *„Deshalb verpflichten wir uns, mit Klimaschutzprojekten dazu beizutragen, dass die beschriebenen Reduktionsziele erreicht werden. Diese Projekte werden wir konkret beschreiben und die Einsparungen gegenüber der*

Öffentlichkeit dokumentieren.“ Es ist an der Zeit, dass der Senat und die Unternehmen diese Selbstverpflichtung ernst nehmen.

Berlin, den 12. April 2013

Pop Kapek Schäfer
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen